

# Steigende Preise: Politik muss jetzt handeln

Pflegeeinrichtungen geraten zunehmend in Existenznot

**I**nflation, höhere Mieten und explodierende Energiepreise bringen viele Pflegeheimbetreiber an den Rand der Existenz. Die Folgen für die Mitarbeiter und Bewohner sind oftmals einschneidend. Es muss nun länder- und ressortübergreifend gehandelt werden, um den Pflegegenotstand jetzt und in Zukunft zu verhindern.

Nicht nur private Haushalte und Industriebetriebe, auch soziale Einrichtungen wie Pflegeheime stehen angesichts der aktuellen ökonomischen Verwerfungen vor immer größeren finanziellen Belastungen.

Es drohen den Betreibern von Pflegeheimen – unabhängig davon, ob sie kommunal, freigemeinnützig oder privat organisiert sind – insbesondere drastische Mieterhöhungen infolge der hohen und anhaltenden Inflation. Der Hintergrund: Viele Mieten von Pflegeimmobilien orientieren sich an einem Mietindex, das heißt, die Höhe der Miete richtet sich am Verbraucherpreisindex aus. Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission mit 7,9 Prozent Inflation hierzulande. Wird diese Steigerung im Rahmen der Indexmiete an Pflegeheimbetreiber weitergegeben, werden viele Betreiber ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Im äußersten Fall drohen Zahlungsausfälle und die Aufgabe von Standorten.

Rund 15.000 Pflegeheime gibt es in Deutschland, viele davon in privater Trägerschaft. Ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage hatte sich bereits in den vergangenen Jahren nach und nach verschlechtert. Die Erhöhung der Indexmieten im Zuge der galoppierenden Inflation könnte im Laufe der Zeit nun dazu führen, dass eine große Zahl der Pflegeheime schlicht verschwindet.

Als wäre die Situation nicht schon ernst genug, kommen nun noch bislang unabsehbare Kostenbelastungen für Elektrizität und Wärme hinzu. Nach

der exorbitanten Steigerung der Gaspreise sind auch die Strompreise stark gestiegen. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verliert die deutsche Wirtschaft bis 2030 mehr als 260 Milliarden Euro an Wertschöpfung, die durch den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise nicht realisiert werden kann. Von der Schockwelle der hohen Energiepreise werden auch die Betreiber von Pflegeheimen betroffen sein.

Pflegeimmobilieneigentümer und Projektentwickler wiederum sind von gestiegenen Fremdfinanzierungszinsen und noch immer hohen Baukosten betroffen. Der Neubau von Pflegeheimen stottert, wobei die sozialen

---

Viele Betreiber werden ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

und gesellschaftlichen Folgen dieses Attentismus kaum absehbar sind. Fest steht: Die ohnehin schon angespannte Lage auf dem deutschen Pflegemarkt wird sich für alle weiter verschlechtern.

Und dies, obwohl wir hierzulande eigentlich um jeden einzelnen Pflegeplatz ringen müssten. Wir können es uns nicht leisten, Plätze einzubüßen oder weniger als geplant zu schaffen. Bereits heute gibt es viel mehr Bedarf an Pflegeplätzen als Angebote. Bis 2030 wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nach Angaben des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung von aktuell etwa 4,1 auf 4,9 Millionen und bis 2040 sogar auf 5,6 Millionen steigen.

Auch auf anderen Ebenen steigt der Druck. Denn die schwierige finanzielle Situation vieler Pflegeheimbetreiber hat direkte Folgen auf die Mo-

ral der Angestellten. Es steht zu befürchten, dass immer mehr Mitarbeiter die Heime verlassen werden auf der Suche nach neuen Arbeitsmöglichkeiten. Daran wird auch das Tariftreugesetz nichts ändern, da die ohnehin schon hohe Arbeitsbelastung für den einzelnen Arbeitnehmer möglicherweise noch weiter wachsen wird. Seit der Corona-Krise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wissen wir genau: Wer einmal abwandert, kehrt nie wieder zurück.

Fest steht: Wir dürfen auch Querschnittsthemen wie die Pflege nicht vernachlässigen. Angesichts des drohenden Notstands braucht es schnelle und pragmatische Lösungen, so lautet mein Appell. Dazu gehört, dass die Investitionskosten-Sätze (IK-Sätze) für die Betreiber schneller und dynamischer angehoben werden. Die gängige Praxis, dass sich die IK-Sätze auf die durchschnittliche Inflationsrate des vergangenen Jahres beziehen, ist angesichts der aktuellen schnellen Entwicklungen nicht mehr haltbar.

Um Pflegeheime, deren Bewohner und die Pflegefachkräfte vor weiteren Verwerfungen zu schützen, braucht es Politik, die nicht nur die aktuellen Probleme angeht, sondern auch zukünftige Probleme antizipiert. Bereits heute braucht es einen Rettungsschirm für Pflegeheimbetreiber, um die in Not geratenen Einrichtungen abzusichern. Und es braucht neben der Pflegebeauftragten einen Krisenstab, der sich aus Vertretern der Politik, der Betreiber, der Immobilieneigentümer sowie aus Arbeitnehmervertretern zusammensetzt, um auch zukünftige Entwicklungen in diesem für die Gesellschaft so wichtigen Bereich im Blick zu haben.



Jens Nagel ist Geschäftsführer der Hemsö GmbH in Berlin.